

Das „Wiener Fremdenblatt“ fügt dem hinzu, daß diese Verhandlungen gemeinsam mit Vertretern der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung im Laufe des Monats Mai in Wien stattfinden sollen.

Personalien.

Dem Regierungs-Assessor Tesmar zu Schleswig ist die kommissarische Verwaltung des Landrathsamts im Kreise Sorb, Regierungsbezirk Stade, übertragen worden.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Unser Kaiser nahm in der vergangenen Woche vielfach Vorträge entgegen, conferirte mit dem Reichskanzler und vollzog militärische Besichtigungen. Am 23. d. M. wird er auf der Wartburg vom Großherzog von Weimar erwartet, von wo aus Ausflüge nach dem Wajunger Forst zur Auerhahnbalz stattfinden sollen. Unsere

Kaiserin

soll am 25. in Weimar zum Besuche der Großherzogin eintreffen und tags darauf ebenfalls nach der Wartburg kommen. Der Kaiser beabsichtigt dann einer Einladung des Grafen Görz nach Schütz zu folgen. Der Reichstag setzte die zweite Lesung des

Arbeiterschutzgesetzes

fort. Die meiste Zeit nahmen die §§. 125 und 134 ff. in Anspruch, welche von der Entschädigung bei Kontraktbrüchen und den Arbeitsordnungen in den Fabriken handeln. Die Socialdemokraten setzten ihre agitatorischen Reden fort und nahmen jede Gelegenheit wahr, das Gesetz, welches das geltende Gewerberecht in den meisten Punkten zu Gunsten der Arbeiter abändert, als ein neues Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter darzustellen. An der Widerlegung dieses Standpunkts beteiligten sich neben dem Minister Frhrn. v. Berlepsch Redner aller anderen Parteien. Die Bestimmungen des Entwurfs wurden meistens nach den Beschlüssen der Commission angenommen. Am Donnerstag wurden die Vorschriften über die Kinderarbeit (§ 135) erledigt und der § 136 genehmigt, welcher vorschreibt, daß die jugendlichen Arbeiter in der Zeit von 8 1/2 Uhr Abends bis 5 1/2 Uhr Morgens nicht beschäftigt werden dürfen. Darauf begründete Abg. Grillenberger den Antrag der Socialdemokraten auf Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitstages. Die Debatte hierüber wurde am Freitag fortgesetzt. An

neuen Vorlagen

werden noch erwartet der Entwurf über Einführung eines Reichsschulbuchs und ein Entwurf über die Aufnahme einer Anleihe in den Etat 1891/92, für die Forderungen zur Herstellung unterseeischer Telegraphenverbindungen und für die Vervollständigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Betrage von 1 640 000 Mark.

Das Abgeordnetenhaus war vom 9. bis 16. April von der zweiten Lesung der

Landgemeindecordnung

in Anspruch genommen. Erhebliche Schwierigkeiten ergaben sich in Bezug auf die Vertheilung der Gemeindeabgaben (§ 14) und auf die Vertheilung der Stimmen in der Gemeindeversammlung (§ 48). Dort sollen auf Antrag der Conservativen bis zum Erlaß eines Communalsteuergesetzes die statutarisch bestehenden Maßstäbe mit Genehmigung des Kreisauausschusses bestehen bleiben können, was bedenklich ist, da dadurch die neue Landgemeindecordnung leicht auf unbestimmte Zeit — wann das Communalsteuergesetz in Kraft tritt, läßt sich nicht genau absehen — in vielen Gemeinden ihrer Wirkung beraubt werden könnte. Ebenso wollten die Conservativen die beabsichtigte Vermehrung des Stimmrechts von einem Gemeindebeschluß oder von dem Kreisauausschuß abhängig machen. Das Haus entschied sich vorläufig nur dafür, daß die Angeseffenen zwei Drittel aller Stimmen erhalten sollen; die weitere Vertheilung der Stimmen blieb noch bis zur dritten Lesung offen. Die Regierung wünscht die gesetzliche Regelung an Stelle der ortstatutarischen, die der Willkür zu weitem Spielraum ließe. Ueber den Zeitpunkt der dritten Lesung kam es am Donnerstag noch zu einer erregteren Debatte. Minister Herrfurth sprach namens der Staatsregierung den dringenden Wunsch aus, die dritte Lesung sobald als möglich anzuberaumen, weil eine Verzögerung um Tage wegen der Dazwischenkunft der Pfingstpause im Herrenhause, das am 23. seine Plenarsitzungen aufnimmt, eine Verzögerung um Wochen zur Folge haben könnte. Trotzdem suchte ein Theil der Conservativen die dritte Lesung bis Mitte nächster Woche hinauszuschieben. Die Beratungen der Fractionen, die zu einer Verständigung über die §§ 14 und 48 erforderlich sind, beanspruchen jedoch so viel Zeit nicht, weshalb das

übrige Haus dem Wunsche der Regierung beiträt. Die dritte Lesung ist nunmehr auf Montag angesetzt.

Die Nachwahl in Geestemünde,

die zu so vielen Erörterungen in der Presse Anlaß gab, hat folgendes Resultat geliefert: Fürst Bismarck erhielt 7557, Adloff (freis.) 2619, von Plate (Welfe) 3343, Schmalfeld (Soc.-Dem.) 3928 Stimmen. So nach findet zwischen dem Fürsten Bismarck und dem socialdemokratischen Candidaten Schmalfeld Stichwahl statt. Vergleicht man damit die Ziffern der letzten Hauptwahl (1890), so hat Fürst Bismarck die Stimmenzahl seines Vorgängers, des nationalliberalen Gebhard, der rund 8000 Stimmen erhielt, nicht ganz erreicht; ebenso sind die socialdemokratischen Stimmen zurückgegangen, während die freisinnigen und die welfischen sich vermehrt haben. Ueberhaupt war die Wahlbetheiligung geringer.

Aus dem Auslande.

Die Thronrede,

mit welcher der österreichische Reichsrath jüngst eröffnet wurde, hat auch die allgemeine Lage der auswärtigen Politik in sehr bemerkenswerther Weise beleuchtet. Sie stellt fest, daß sich in allen europäischen Staaten das Verlangen nach friedliebendem Nebeneinanderleben kundgebe; alle Regierungen hätten dem Kaiser Franz Joseph Versicherungen ertheilt, welche die Erhaltung des Friedens als die wesentlichste Aufgabe ihrer Bemühungen bezeichnen; weiter wird hinzugefügt, diese Versicherungen und die freundlichen Beziehungen zu allen Mächten berechtigten zu der Hoffnung, daß die Reihe der Friedensjahre fortbauern werde. Mit dieser Kundgebung sind so manche Gerüchte, die sich in den letzten Wochen wieder hervorthaten, widerlegt worden: ängstliche Gemüther legten sich schon wieder auf Zeichendeuterei und glaubten bald hier, bald da wieder Gewitterwolken im Anzuge zu sehen. Auf der einen Seite wurde die Verleihung des höchsten russischen Ordens an den Präsidenten der französischen Republik, auf der anderen Seite unzutreffende Mittheilungen der Blätter über Truppenverschiebungen in Rußland als bedenkliche Momente ausgegeben. Die Friedenssprache der österreichischen Thronrede dürfte die Gemüther indeß wieder etwas beschwichtigen; denn was Kaiser Franz Joseph über seine Beziehungen zu den anderen Ländern mittheilt, gilt sicherlich ebenso von Deutschland, und ebenso wie der österreichische Reichsrath dürfen auch wir uns der Hoffnung hingeben, daß „die Reihe der Friedensjahre fortbauern werde.“

Aus dem Inhalt der Thronrede bezüglich der inneren Verhältnisse ist noch hervorzuheben, daß vorzugsweise Aufgaben wirtschaftlicher und socialpolitischer Art den Reichstag beschäftigen sollen, und daß die Parteien zur Eintracht aufgefordert werden, damit sie im Stand sind, diese Aufgaben zu lösen.

Wiener Blätter melden den bevorstehenden Abschluß der

Handelsvertragsverhandlungen,

deren Ergebniß eine Vereinbarung zwischen Oesterreich und Deutschland auf mehr als zehn Jahre sein würde. Der Inhalt des Vertrags solle jedoch geheim gehalten werden, bis beide Staaten Verträge mit anderen Staaten, wie der Schweiz und Rumänien, würden abgeschlossen haben.

Auch in Italien

ist man jetzt der Frage des Zolltarifwesens näher getreten; es ist eine Commission eingesetzt worden, welche diejenigen Reformen vorbereiten soll, die nach Ablauf der Handelsverträge einzuführen sein möchten.

In England

ist nunmehr die Zusammensetzung des von der Regierung zum Studium der Arbeiterfrage einberufenen Arbeitraths bekannt gegeben worden: die Arbeiter sind, da sie nicht über die Mehrheit darin verfügen, unzufrieden.

In Spanien

hat der Ministerpräsident Canovas gleichfalls die Einberufung einer Commission zur Ausarbeitung einzuführender Sozialreformen angekündigt.

In Serbien

hat König Milan um des inneren Friedens halber das Opfer gebracht, daß er erklärt hat, bis zur Volljährigkeit des Königs Alexander (also bis zum 14. August 1894) Serbien verlassen zu wollen. Die Skuptschina, die ihm ihren Dank hierfür ausdrückte, beschloß zugleich, die (von dem König Milan geschiedene) Königin Natalie aufzufordern, daß sie diesem Beispiele folge. Die Königin scheint indeß hierzu nicht gewillt zu sein, sondern es auf Anwendung von Gewalt ankommen lassen zu wollen.

In Chile

schreiten die Congreßtruppen fortgesetzt siegreich vor; der ganze Norden von Chile ist jetzt von ihnen besetzt; die Regierungstruppen sind gegen die Grenze von Bolivia geflohen, nachdem sie bei Copiapo geschlagen worden sind.